

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Adln, Ventloerwall 9. Fernsprech-Buf Nr. A 8588. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratannahmen
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47. Wödemstr. 67.

Sozialdemokratie und Völkerglück.

Seit rund 70 Jahren stellt die Sozialdemokratie in Deutschland den Kommunismus und Sozialismus als ein System in Aussicht, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit all ihren Mängeln, die verruchte bürgerliche Gesellschaftsordnung ersetzen und den Völkern das allgemeine Glück bringen könnte. Diese Lehre fand allmählich eine immer größer werdende Zahl von Anhängern, nicht so sehr ihrer Richtigkeit und Ueberzeugungskraft wegen, sondern auch deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft es versäumte, den Auswüchsen des Kapitalismus energig entgegenzutreten, wie auch der großen Masse des arbeitenden Volkes eine entsprechende Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben einzuräumen. In ohnmächtigem Zorn darüber wandten sich immer größere Massen der Sozialdemokratie zu, die im Hinblick auf so viele Mißstände und Unvollkommenheiten im öffentlichen und privaten Leben Hohn ausschüttete über göttliche Weltordnung, die Regenten von Gottes Gnaden, an deren Stelle sie die demokratische Republik, die internationale Verbrüderung und den Sozialismus sehen wollten.

Eines ihrer Ziele hat die Sozialdemokratie erreicht: Durch die Novemberrevolution sind die deutschen Monarchen beseitigt, an deren Stelle ist die republikanische Staatsform gesetzt worden, die allgemeine Glückseligkeit ist damit keineswegs eingetreten. Der wirtschaftliche Sozialismus, die Ueberführung aller Produktionsmittel in die öffentliche Hand, der gleiche Anteil aller am Produktionsertrag erst soll dem arbeitenden Volke das Glück, die Beseitigung aller Uebelstände und die so oft in Aussicht gestellte Gleichheit im Staats- und Wirtschaftsleben bringen.

Die breiten Massen werden nach lange auf die völlige Erfüllung der programmatischen Verheißungen warten müssen. Führende und weitsichtige Männer, auch Anhänger der Sozialdemokratie, haben längst erkannt, daß die Durchführung des Sozialismus in Deutschland allein unmöglich ist. Die sozialdemokratischen Gewaltthäter sind gezwungen das zuzugehen, in dem Augenblick, in dem sie die Stelle des Regenten in den neugebildeten Republiken einnahmen. Das Erfurter Programm, mit dem man die Massen gefördert hat, verlangt die Ueberführung der Produktionsmittel, von Grund und Boden, von Gruben und Bergwerken, Rohstoffen und Werkzeugen in das gesellschaftliche Eigentum, die Umwandlung der Warenproduktion in die sozialistische. Dieses Programm ist nun fallen gelassen, oder doch auf die Seite geschoben worden. In seiner Rede vom 1. Dezember 1918 hat der an die Stelle des Reichsregierers getretene „Volksbeauftragte“ Oberl ausgesprochen: Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck. Nur dort wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und mehr Möglichkeiten des Verbrauchs und der Freude eröffnet, ist der Sozialismus an Platz. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Das Mitglied des

Zentralrates, Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte, Cohen (Neuß), hat am 19. Dezember 1918 ausgesprochen: „Die Sozialisierung ist kein Akt der Gewalt, sondern das Ergebnis einer organischen Entwicklung. Man kann die neue Ordnung nicht im Handumdrehen an die Stelle der alten setzen. Wir in Deutschland müssen außerdem bedenken, daß wir Mangel an Rohstoffen haben und wenn nichts zum Sozialisieren da ist, kann eben der Sozialismus nicht eingeführt werden.“ Und im sozialistischen Regierungsflugblatt Nr. 6, vom Januar 1919 wird geagt: „Schon mit Rücksicht auf die internationale Konkurrenz kann Deutschland nicht mit einem Schlage die Bergesellschaftung vornehmen, sondern muß sich den Wirtschaftsverhältnissen anpassen. In der Regierung denkt kein Mensch daran, Experimente zu machen; es sollen nur solche Betriebe vergesellschaftet werden, die für die Sozialisierung reif sind.“

Die machthabenden Sozialdemokraten bekennen sich damit zu dem Standpunkt, der von den bürgerlichen Sozialpolitikern, den Gründern und Führern der christlichen Arbeiterbewegung von Anfang an eingenommen wurde. Sie sind aufgetreten gegen die sozialdemokratischen Forderungen, auf Beseitigung des Privateigentums, weil dadurch die persönliche Initiative, das Verantwortlichkeitsgefühl, Arbeitsamkeit und persönliche Arbeitsleistung zum Schaden des Einzelnen und der Allgemeinheit beeinträchtigt werden würde. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung und die christliche Demokratie haben dabei die Schaltung und Schaffung von Kollektiveigentum und Staatsmonopolen nicht abgelehnt.

In Deutschland bemüht die Erziehung von Millionen von Arbeiterfamilien auf einer blühenden Exportindustrie. Durch die Sozialisierung der Produktion und des Handels wird diese Konkurrenzunfähigkeit und zugrunde gerichtet. Allein die Tatsache der Revolution und die Annahme, daß die revolutionäre Sozialdemokratie nun ihr diesbezügliches Programm verwirklichen werde, hat bei unseren Konkurrenten Freude und Hoffnungen ausgelöst. Ein holländisches Blatt, der „Maasbode“ schrieb im Januar 1919: „Die gegenwärtige Reichsregierung hat die Kraft der deutschen Industrie und des deutschen Exporthandels auf Jahre hinaus lahm gelegt. Die fortgesetzten Eingriffe in die Arbeitsverhältnisse, kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, Abschaffung der Unternehmensgewinne eröffnet für die Niederlande große wirtschaftliche Aussichten.“

Das ist zweifellos, Holland und die anderen Staaten denken nicht daran die Sozialisierung ihrer Betriebe und Wirtschaft durchzuführen, wird den Nutzen haben von unserer Konkurrenzunfähigkeit. Die deutsche Eisen- und Montanindustrie ist infolge der Unsicherheit und der erhöhten Produktionskosten jetzt außerstande, Waren in das Ausland abzugeben. Die englische und amerikanische Industrie hat ihre gewinnbringenden Lieferungen übernommen. Eine Reihe von Arbeitgebern ist heute bei der Ausichtslosigkeit einer weiteren ersprießlichen Geschäftstätigkeit ohne weiteres bereit, ihre Betriebe an die Arbeiter abzutreten.

Was nützt aber das Innehaben eines Betriebes, der keine Nütze hat. Es zeigt sich nun in vollster Nacktheit der Unsinn des wirtschaftlichen Sozialismus.

Weil nun die zur Macht gelangte Sozialdemokratie ihre langjährigen Versprechungen nicht erfüllen kann, die republikanische Verfassung und sozialistische Regierungskunst die Massen bereits schwer enttäuscht hat, so suchen die sozialdemokratischen Gewalthaber jetzt nach anderen Mitteln ihre bisherigen Anhänger und Mitläufer bei der Stange zu halten. In ihrer Absichtung soll nun ein neuer Kulturkampf, der Kampf gegen das Christentum und die Kirche dienen. In Preußen und Bayern sind von den Revolutionsregierungen ohne Befragen irgend einer Volksvertretung diebezügliche Maßnahmen selbstherrlich angeordnet worden. Durch formwährendes Predigen des Hasses gegen die Kirche und ihre Diener ist in den sozialdemokratischen Massen eine günstige Aufnahme dafür als Ausweg aus der eigenen Unfähigkeit vorbereitet worden.

Der Kampf gegen die für die Volksgemeinschaft und das Wirtschaftsleben so bedeutungsvolle, den Mammonismus hemmende Religion hat seinerzeit zur Gründung und zum Ausbau der christlichen Arbeiterbewegung, der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften geführt. Durch die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gewalthaber gegen die Religion und deren Diener wird die christliche Arbeiterbewegung zweifellos einen weiteren Zulauf und eine weitere Stärkung erfahren. Hat doch in den letzten Wochen bereits die christliche Gewerkschaftsbewegung einen mächtigen Aufschwung genommen.

Durch das Ueberhandnehmen des von der Sozialdemokratie geförderten religionslosen und materialistischen Geistes ist das Verlangen nach Reichtum und Macht, nach Wohlergehen und Genuß noch mehr als bisher in alle Volksschichten getragen worden. Der im Krieg zutage getretene Egoismus, der Schacher und Wucher, die schändliche Ausbeutung selbst der Kriegerfamilien, deren Häupter den schweren Verteidigungskampf an der Front führten, ist überall eingedrungen. Dieser elende Geist, das Fehlen der Nächstenliebe und einer wahren Volkssolidarität, der Hochmut und der Unberstand vieler Reichen ist mit Schuld am Gend unferer Lage.

Wie die Reichshatistik über Beruf und Konfession des deutschen Volkes zeigt, sind die gläubigen Christen in den weniger gewinnbringenden Berufen tätig. Ihre religiöse Ueberzeugung, die christliche Lehre, hat in ihnen den Geist des Mammonismus, das Verlangen nach Gewinn und Reichtum nicht in der Weise hochkommen lassen, wie bei den ungläubigen Materialisten. Die größere Genußsamkeit der Christusgläubigen, ihre Treue gegenüber der Volksgemeinschaft auch in der heutigen aufgeregten Zeit ausgleichend und versöhnend, geht die Sozialdemokratie darauf aus, die Menschen den Grundtugenden des Christentums zu entziehen, so beraubt sie Millionen von Volksgenossen des Trostes und macht sie unglücklich. Der versöhnende Geist des Christentums allein ist imstande die schweren Wunden am Volkstörper wieder zu heilen und die Menschheit glücklich zu machen.

Ein lange Jahre in der englischen Arbeiterbewegung tätiger Führer und Arbeiterssekretär, William Sanders, ist seinerzeit aus der Gewerkschaftsbewegung in die ethisch-sittliche Bewegung übergetreten. Er erklärte, daß der bloße Appell an das Klassenbewußtsein oder an den materiellen Nutzen in der Organisation eine unzureichende Basis sei für eine glückverheißende Tätigkeit. Die organisierte Arbeiterschaft sei bei steigender Macht schweren sittlichen Versuchungen ausgesetzt, so daß es einer geistigen Macht bedürfte, um diese Versuchungen zu überwinden. Er sagt: „Ein ganz neues Problem sehen wir aus der neuesten ökonomischen Entwicklung auftauchen: Wie können wir den gebildeten, hochgelehrten Arbeiterstand selbst vor dem Verfallen in Gewinnsucht und satte Gleichgültigkeit bewahren und alle seine moralischen und ökonomischen Kräfte für das Werk der Organisation gewinnen. Der bloße Appell an das Klassen-

interesse hat sich nur dort wirksam erwiesen, wo rein selbstische und individuelle Interessen in Frage kommen, wenn aber das höchste Ideal Wurzel fassen soll, dann brauchen wir eine Propaganda, die nicht bloß von Rechten, sondern auch von Pflichten spricht.“

Der durch seine Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete in Deutschland bekannt gewordene Prof. Dr. Jastrow, schrieb vor Beginn unseres Jahrhunderts: Die religiöse Einheit ist das maßgebende Moment der abendländischen Kulturentwicklung gewesen. Es hat manche Zeiträume gegeben, da die niederen Stände sich in die Höhe arbeiteten. Kein Zeitraum aber war so geräuschlos und frei von Lärm wie die mittelalterliche, die die große Reformbewegung brachte, vielleicht die schwierigste unter allen. Durch sie wurde das Kastenwesen zertrümmert und an Stelle der Sklaverei ein Zustand der Gleichberechtigung gesetzt. Es war das Christentum das diese Reform in aller Ruhe vollbrachte.

Diese Anerkennung und Wertschätzung des Christentums und seiner Wirkungen auf die Menschenseele, auf Kultur und Wirtschaft beruht auf Erfahrungstatsachen. Der durch die Sozialdemokratie angerichtete politische und wirtschaftliche Wucher zeigt allen mit großer Deutlichkeit, daß die Menschheit nicht am materialistischen Sozialismus genesen kann. Aus dem verkümmerten Christentum allein, aus der Gottes- und Nächstenliebe wird wieder erstehen das soziale Heil und das allgemeine Völkerglück. Wer dem Christentum dient, die Religion hochhält, der dient am besten dem Ideal der Brüderlichkeit und der Menschheit.

Arbeiterin und Gewerkschaft.

Eine stärkere Beteiligung der Frau am Erwerbsleben werden wir zweifellos nach dem Kriege zu verzeichnen haben. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Lebenshaltung bleibt teuer, damit bleibt auch für die Frau des Kriegsinvaliden und für die Kriegervitwen die Notwendigkeit des Mitverdienens. Ferner werden viele Ehefrauen teils zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Haushalt, teils zur Ermöglichung bei an allen Ecken und Enden notwendig werdenden Neuananschaffungen sich auch weiterhin gewerblich betätigen wollen. Sodann wird für die ledige Arbeiterin die Heiratsmöglichkeit gesunken sein, da Tod, Verkrüppelung und Sichtung manchen Mann, den Begründer und Ernährer der Familie, gerammt oder untauglich gemacht haben und in Folge dessen mehr Mädchen darauf angewiesen seien, sich einen selbständigen Lebensunterhalt zu erwerben. Als so einerseits die nach dem Kriege fortdauernde Frauenarbeit in einer Notwendigkeit von Seiten der Frauenvwelt selbst begründet, so müssen anderseits auch Tatsachen im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben festgestellt werden, die heute schon auf eine erhöhte Frauenarbeit schließen lassen. Durch den Krieg hat Deutschland mehrere Millionen Arbeitskräfte verloren, die auf Generationen hinaus nicht ersetzt werden können, weil durch den Geburtenausfall während des Krieges auch der männliche Nachwuchs verringert worden ist. Da in der Arbeit unsere Rettung liegt, werden die fehlenden männlichen Arbeitskräfte durch weibliche ersetzt werden müssen. Sodann müssen die während des Krieges neu errichteten Fabrikationsanlagen (chemische, Textil- und Lebensmittelindustrie), die heute der inländischen Herstellung von früher aus dem Auslande bezogener Waren dienen, betriebsfähig gehalten werden; ihre Fortführung liegt im Interesse der billigeren Produktion und eines größeren Verbrauches. Auch in diesen Produktionszweigen werden mehr Arbeitskräfte — auch weibliche — nötig sein. Erheblich mehr Frauenarbeit als vor dem 1. August 1914, etwas weniger als während des Krieges; so wird das Gesamtbild für die ersten Jahrzehnte nach dem Kriege sein.

Eine solche Entwicklung der Frauenarbeit bringt erhebliche Gefahren in sich, sowohl für die einzelne Arbeiterin als dem gesamten Arbeiterstand. Fundament ist die Arbeiterin in der Regel anspruch-

lässer und williger, unselbständiger und schüchtern als der männliche Arbeiter. Das erleichtert ihre Ausnutzung im Arbeitsprozeß. Die geringere Entlohnung der weiblichen gegenüber der männlichen Arbeitskraft bei gleicher Leistung ist eine Erscheinung, die wir sowohl vor dem Kriege als auch während desselben häufig genug beobachten konnten. Es ist gewiß kein Zufall, daß in Gewerben mit starker Frauenarbeit, wie im Textil-, Konfektions- und Tabakgewerbe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am ungünstigsten sind. Die Befürchtungen der männlichen, insbesondere der gelehrten Arbeiter, das bei weiterem Ueberhandnehmen der Frauenarbeit, eine Erschwerung des wirtschaftlichen Aufstieges, wenn nicht gar eine Verschlechterung der bisherigen Lebenshaltung eintreten könnte, sind nicht von der Hand zu weisen. In Unternehmerkreisen während des Krieges gefallene Aeußerungen haben diesen Befürchtungen ziemlich starke Beweiskraft verliehen. So äußerte sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ Nr. 10, 1915 wie folgt:

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht gunsten, daß er aus Gründen, die immerhin theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert... Wir werden nach dem Kriege noch manchen heftigen Kampf auf dem Weltmarkt auszufechten haben, und es wird uns hierbei nichts schaden, wenn wir unsere Herstellungskosten in verständiger Weise einschränken. Das kann aber zweifellos durch eine rationelle Verwendung der Frauenarbeit sehr gut geschehen, denn für eine große Menge von Hilfs- und Nebenarbeiten würde der männliche Arbeiter einen zu hohen Preis verlangen. Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wozu in den meisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält...“

Das ist deutlich. Es wird hier klar ausgesprochen, das man die arbeitende Frau, wie dies bisher leider schon häufig der Fall war als Mittel betrachtet, die Löhne der Männer herabdrücken zu können. Demgegenüber halten wir an dem Grundsatz fest: Bei gleicher Leistung gleicher Lohn.

Heimarbeit und Lohnfrage in der Damen- und Mädchenmäntelbranche.

Der Verband Deutscher Damen- und Mädchenmäntel-Fabrikanten hat in seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. Januar 1919 in Berlin zu der Frage der anderweitigen Regelung der Betriebsform und Arbeitsverhältnisse in der Damentonkfection Stellung genommen und einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Die Forderungen des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands werden in einem Augenblick gestellt, in dem die deutsche Volkswirtschaft auf das schwerste erschüttert und die deutsche Bekleidungsindustrie von Lebensgefahr bedroht ist.“

Die Fragen des Rohstoff-Bezuges, der Abjaß-Gestaltung, der internationalen Konkurrenz-Verhältnisse, der Valuta-Regelung und der inländischen Kaufkraft sind vollständig ungeklärt; die Umstellung der Damentonkfections-Industrie auf reine Fabrikbetriebe würde zudem außerordentliche materielle und sachliche Mittel erfordern, zu deren Leistung weder die Konfektionsindustrie, noch die deutsche Volkswirtschaft in der Lage sind. Unter diesen Umständen verbietet sich für die nächste Zeit die geforderte Beseitigung der augenblicklich geltenden Betriebsform.

Dagegen erkennt die Generalversammlung an, daß es gerechtfertigt und notwendig ist, die Lohnverhältnisse in der Damentonkfection für Meister und Heimarbeiterinnen neu und eingehend zu regeln.

Obgleich die Generalversammlung die Schwierigkeiten nicht verteuert, die einer solchen Regelung infolge der Eigentümlichkeit der Damentonkfection in der Vielseitigkeit ihrer Produktion und dem Wechsel der Mode entgegenstehen, beauftragt sie die Verbandsleitung, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu ernennen mit dem Mandat, gemeinsam mit einer von den Organisationen der Meister und Heimarbeiterinnen zu bestimmenden Kommission den Versuch zur Aufstellung eines Tarifvertrages oder eines, genügende Sicherung bietenden anderweitigen Lohnabkommens für die Damentonkfection zu machen.

Sollte dieser Versuch die praktische Durchführbarkeit des Tarifvertrages bezw. Lohnabkommens ergeben, so ist ein entsprechender Entwurf einer neu einzuberufenden Mitglieder-Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Versammlung beauftragt die Kommission, ihre Arbeiten mit der möglichsten Beschleunigung durchzuführen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Der 7. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 16. Februar bis 22. Februar.

Der 8. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 23. Februar bis 1. März.

Der 9. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 2. März bis 8. März.

Der 10. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 9. März bis 15. März.

Erhöhung der Steuerzulagen in der Konfektion. Bei den am 5. Februar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen hat der Verband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands mit Wirkung vom 15. Februar ab die Steuerzulage auf 125 Prozent erhöht und die freie Lieferung der Nähzutaten vom 1. Juli ds. Jahres ab zugestanden. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer der Schneider-Zeitung.

Wir machen die Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, ihre Abrechnungen für das 4. Quartal baldigst einzusenden, da sich sonst der Jahresabschluss zu weit hinauszuziehen würde.

Der Zentralvorstand.
J. A. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Würzburg. Am 28. Januar hielten wir unsere Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes ab. Der Vorsitzende, Kollege Zimmer, begrüßte alle Anwesenden, besonders die aus dem Felde zurückgekehrten, welche sich alle beim Verbände wieder angemeldet haben. Aus dem Rechenschaftsbericht, den Kollegen Zimmer erstattete, war zu ersehen, daß von den am 1. Juli 1914 vorhandenen Mitgliedern 80 Proz. zum Heere einberufen wurden. Von den Einberufenen erlitten 5 den Heldentod, deren Andenken in betäublicher Weise geehrt wurde. Aus dem Massenbericht war zu ersehen, daß auch diese unter dem Druck der Verhältnisse gelitten haben. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Koll. Georg Albert als 1., Alfred Hoffmann als 2. Vorsitzender gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Zimmer, als Schriftführer Kollege Werberich gewählt. Revisoren sind die Kollegen Hebban und Weissenfeld. Zu Vertrauensleuten wurden die Kollegen Keitich, Wiener, Kösch, Euler und Zimmer bestimmt. Als Beisitzer fungieren die Kollegen Pettrich, Mügamer, Schmitt und Thereser. Mit einem warmen Appell an die Neugewählten, sowie an alle Mitglieder zur Opferwilligkeit, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Bundshan.

Keine Textilrohstoffnot. Trotz der viereinhalbjährigen Blockade sind die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend. Durch das Freiwerden der bisher für den militärischen Bedarf benötigten Mengen wird es möglich sein, den Massenbedarf der

Bevölkerung an Bekleidungsstoffen zu decken. Allerdings muß der größte Teil des Materials erst den Weg durch die Spinnereien, Webereien und die Schneiderwerkstätten zurücklegen, so daß die fertige Ware naturgemäß erst allmählich in die Hände der Verbraucher kommen kann. Voraussetzung für das Gelingen der Versorgung ist selbstverständlich die unge störte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im ganzen Lande und das unge störte Weiterarbeiten der Reichsbekleidungsstelle und aller Organisationen, die schon bisher mit der Erledigung der Bekleidungsregelung betraut waren.

Facharbeitsnachweis für das Schneidergewerbe. Die in München bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Schneidergewerbes haben sich mit dem Referenten und dem Vorstand des Arbeitsamtes dahin geeinigt, daß vom 1. Febr. 1919 an beim Städtischen Arbeitsamt ein Facharbeitsnachweis für das Schneidergewerbe errichtet werden soll, zu dessen Gunsten der seit dem 25. November 1918 im Kontorhaus Imperial betriebene paritätische Arbeitsnachweis für das gesamte Schneidergewerbe seine Tätigkeit einstellt. Dem Ergebnis der hierüber gepflogenen Verhandlungen entsprechend hat der Magistrat beschlossen: 1. Beim Städtischen Arbeitsamt wird vom 1. Februar 1919 ab ein Facharbeitsnachweis für das Schneidergewerbe errichtet, 2. Zur Lieberwachung der Tätigkeit dieses Facharbeitsnachweises wird ein Sachausschuß errichtet, dem unter dem Vorsitz des Referenten des Arbeitsamtes je zwei von den beteiligten Verbänden vorgeschlagene Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören.

In einer Konferenz zur Besprechung der Vorbereitung zur Sozialisierung der Bergwerke im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für den Kohlenbezirk Niederrhein warnte der sozialdemokratische Reichskommissar Gue vor der wilden Sozialisierung. Die Sozialisierung sei eine Volkssache, die nur von einer allgemeinen Volksvertretung auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden könne. Dabei müsse man zunächst die Verhandlungen mit dem Verband abwarten. Die Jechenräte sollten nicht die Leitung der Betriebe übernehmen, sondern sie seien nur zur Kontrolle da. Vor allem sei es die Pflicht der Jechenräte, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß die Sozialisierung nicht Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bedeute, sondern daß sie vorübergehend sogar eine Verschlechterung der Arbeitslöhne bringen werde. Es sei notwendig, auf einen Abbau der Löhne hinzuwirken.

Die neuen Rangabzeichen. In den vorläufigen Bestimmungen über Bekleidung und Anzug im Friedensheer ist festgesetzt: für Unteroffiziere 1,5 cm breite Streifen am linken Oberarm (Unteroffiziere einen, Sergeanten und Fähnriche zwei, Wizefeldwebel drei, Feldwebel und Offizierstellvertreter vier Streifen mit je 1 cm Abstand); Offiziere (am linken Unterarm): Leutnants und Feldwebelleutnants ein 2,5 cm breiter Streifen, Oberleutnants ein 2,5 cm und ein 1 cm breiter Streifen mit 1 cm Abstand darüber, Hauptleute einen 2,5 cm und zwei 1 cm breite Streifen mit je 1 cm Abstand darüber; Stabs-Offiziere ein 4 cm breiter Streifen am linken Unterarm, Oberstleutnants dazu ein 1 cm breiter Streifen darüber, Obersten dazu zwei 1 cm breite Streifen darüber mit je 1 cm Abstand; Generale ein 6 cm breiter Streifen am linken Unterarm, Generalleutnants dazu ein 1 cm breiten Streifen darüber, Generale d. J., d. R. usw. dazu zwei 1 cm breite Streifen darüber mit je 1 cm Abstand; We a u t e tragen die Armeelilien derjenigen Gattung, deren Rang- und Gradeabzeichen sie bisher trugen.

Unsere Deutsche Volksversicherung hat bekanntlich bei Ausbruch des Krieges allen ihren Versicherten, die zu den Waffen eilten und infolgedessen ihre Versicherungsbeiträge nicht weiterzahlen konnten, diese ohne weiteres gestundet. Demgemäß hat sie für alle Versicherten, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind, die bedingungsmäßige Versicherungssumme an die Hinterbliebenen ausgezahlt. Das ist hoch anerkennenswert; zu solch weitgehenden gemeinnützigen Opfern hat sich keine andere Versicherung aufgeschwungen!

Diese Stundungsvergünstigung muß natürlich nunmehr nach Beendigung des Kriegeszustandes im Interesse der Versicherten-gesamtheit ihr Ende finden; sie kommt mit dem 31. Januar 1919 in Fortfall.

Um das Erlöschen ihrer Ansprüche zu vermeiden, müssen daher solche Versicherungsnehmer alsbald die Weiterführung ihrer Versicherung beantragen und die Beitragszahlung aufnehmen. Können sie die rückständigen Beiträge nicht nachzahlen, so wird auf Wunsch statt dessen die Beitragszahlungsdauer und die Frist bis zur Auszahlung der für den Lebensfall versicherten Leistung verlängert oder auch die Versicherungssumme herabgesetzt. Auch den Anträgen von Nichtkriegsteilnehmern auf Erneuerung ihrer während des Krieges erloschenen Versicherung wird unsere Volksversicherung bis auf weiteres zu gleich günstigen Bedingungen stattgeben.

Literarisches.

Das Januarheft der „Deutschen Arbeit“ ist erschienen. Auch die diesmalige Nummer der Zeitschrift enthält wiederum Aufsätze aus schrittgewandter Feder, die den aufwühlenden und brennenden Gegenwartsfragen nachgehen. Wir weisen u. a. hin auf folgende Aufsätze: Zur Nationalversammlung — Christliche Volksherrschaft — Revolution und sozialistischer Gedanke — Regelung des Tarif- und Schlichtungswesens — Deutschland und England — Aus der Mundschau: ist besonders bemerkenswert ein Ueberblick über die Jugendbewegung und das Genossenschaftswesen, vor allem auch die Behandlung der Frage „Revolution und Recht“ und eine sehr eindringliche Beschilderung mit den höchsten Fragen schongeistiger Literatur.

Die „Deutsche Arbeit“ bekundet durch Aufnahme derartiger Artikel immer wieder, wie sie die Angelegenheiten des Volksganzen im Großen und die der Arbeiter im Speziellen versteht und fördern will, und sollte daher in weit höherem Maße als es bisher der Fall war Verbreitung in Kollegenkreisen finden.

Die wichtigen Verordnungen über die Regelung der Arbeitszeit, Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung sind auf Veranlassung des Kriegsammtes für die wirtschaftliche Demobilisierung, erläutert von Gewerberat Dr. Schrup zum Preise von 2 Mk. in Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, erschienen. Gleichzeitig ist von dort zu beziehen:

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, zum Preise von 40 Pfg.

Adressenänderung.

Das Sekretariat des 5. Bezirkes befindet sich seit 1. Februar Graupenstraße Nr. 11, Breslau 1, woselbst sich auch das Büro der Volkverwaltung der Zahlstelle Breslau befindet.

Gründung einer Kunstgewerblichen Bekleidungs-Akademie.

Am 2. April dieses Jahres wird in Berlin, Leipziger Straße 83 von dem langjährigen Zuschneider F. Biallas eine Zuschneide-Hochschule für das gesamte Bekleidungs-gewerbe eröffnet. An diesem Tage beginnt der Unterricht in sämtlichen Fächern zu einem besonders ermäßigten Preise und werden Anmeldungen jetzt schon entgegengenommen.

Subskriptions-Gröpfung.

Das Zuschneidebuch, welches zur Ausgabe gelangt, erscheint für die Herrenschneider in 18, für die Damenschneider in 10 Lieferungen à 2.50 Mk. Außerdem gelangt zur Ausgabe ein Konstruktionswinkel, nach welchem sämtliche Kleidungsstücke der Herren- und Damenschneider ohne jede Berechnung ohne Zentimetermaß in kürzester Zeit aufgestellt werden können. Preis mit Anleitung 25 Mk. Wer bis zum 31. März eine Bestellung auf obige Behrmittel macht, zahlt an jedem Heft 0.50 Mk., am Winkel nebst Anleitung 5 Mk. weniger. Prospekte und Zeichnungen postfrei.

Friedrich Biallas, Berlin, Immanuelkirchstr. 38.

Ehre seinem Andenken!

An den Folgen der Kriegsirapazen starb kurz nach seiner Entlassung vom Militärdienst unser liebes Mitglied, der Vorsitzende der Zahlstelle Düren

Fraaz Denninger.

Ein treues Andenken bewahren ihm die Kollegen

Neuauflage für Reklamation u. Verlag: H. Schönmann, Köln; für den Inseratenteil: O. Kleine, Berlin SW 47, Bismarckstr. 67; Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei.